

„Feministisch, solidarisch, gewerkschaftlich“ – breites Bündnis ruft am 8. März zur Großdemonstration auf

Ein breites Bündnis aus feministischen und stadtpolitischen Initiativen, Gewerkschaften und Verbänden ruft am 8. März wieder zur Großdemonstration „Feministisch, solidarisch, gewerkschaftlich“ auf und setzt damit ein starkes Zeichen für Gleichstellung, soziale Sicherheit und demokratische Teilhabe.

Die Demonstration richtet sich gegen Antifeminismus, Rechtsruck, Rassismus und Antisemitismus sowie gegen die zunehmende Gewalt an Frauen, Lesben, inter, nicht-binäre, trans* und agender Menschen (FLINTA), die sich in gesellschaftlichen Debatten ebenso wie in konkreten Angriffen und Bedrohungen niederschlägt. Das Bündnis betont, dass die Errungenschaften queer-feministischer Kämpfe nicht verhandelbar sind, sondern verteidigt und weiter ausgebaut werden müssen.

Im Mittelpunkt stehen Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und Guter Arbeit in Zeiten wirtschaftlicher Umbrüche. Die notwendige Transformation von Wirtschaft und Industrie dürfe nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden, insbesondere nicht zulasten von Frauen in unteren Entgeltgruppen, die häufig als Erste von Arbeitsplatzabbau betroffen sind. Das Bündnis kritisiert Attacken von Arbeitgeber auf den Achtsturentag und das Recht auf Teilzeit und fordert Arbeitszeiten, die zum Leben passen, eine Umverteilung von Sorgearbeit und höhere Personalschlüssel im Care-Sektor.

Zugleich wendet sich das Bündnis entschieden gegen Angriffe auf den Sozialstaat, die sich etwa in Debatten über eine Anhebung des Rentenalters, in Verschärfungen der Grundsicherung oder in Kürzungen im Gesundheits- und Pflegebereich zeigen. Diese Einschnitte treffen vor allem Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen. Gefordert werden stattdessen Investitionen in soziale Infrastruktur, Bildung, in Gewaltschutz und bezahlbaren Wohnraum sowie eine gerechte Steuerpolitik, die große Vermögen stärker in die Verantwortung nimmt.

Mit Blick auf die wachsende Zustimmung zur AfD warnt das Bündnis vor einer weiteren Normalisierung antifeministischer und queerfeindlicher Positionen im öffentlichen Diskurs und stellt sich klar gegen Spaltung, Ausgrenzung und Hass. International erklärt es sich solidarisch mit feministischen Bewegungen weltweit und fordert Investitionen in soziale Sicherheit und Friedenspolitik statt weiterer Aufrüstung.

„Das gute Leben für alle ist möglich – wenn wir es gemeinsam erkämpfen“, erklärt das Bündnis und ruft zur breiten Beteiligung an der Demonstration auf.

Die Demonstration findet am 8. März statt. Start ist 11:30 Uhr am Oranienplatz in Berlin Kreuzberg. Alle Menschen, die sich gegen Diskriminierung und Ausgrenzung, für Gleichberechtigung, soziale Sicherheit und eine feministische Zukunft einsetzen möchten, sind herzlich eingeladen, sich anzuschließen.

Bündnisorganisationen

Afghan Women Activists Coordinating Body
AWO Landesverband Berlin
Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung
Bündnis Gesundheit statt Profite
DGB Berlin-Brandenburg
DGB-Jugend Berlin-Brandenburg
Doctors for Choice Germany e.V.
Deutsche Wohnen & Co Enteignen
Feministisches Netzwerk für Gesundheit Berlin

Flüchtlingsrat Berlin e.V.
Hydra e.V.
Interventionistische Linke Berlin
Solidaritätstreff Soziale Arbeit
Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen e.V.
4 Stunden Liga
Zentrale Informationsstelle Autonomer Frauenhäuser

PRESSEKONTAKT

Für Interviewanfragen an das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung kontaktieren Sie bitte:
Chiara D., Tel.: +49 155 10881032

presse@sexuelle-selbstbestimmung.de | Instagram: @prochoice_de
safeabortionday@sexuelle-selbstbestimmung.de | Instagram: @safeabortionday.de

Das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung ist ein breites Bündnis aus Beratungsstellen, verschiedenen feministischen und allgemeinpolitischen Gruppen, Verbänden, Gewerkschaften und Parteien sowie Einzelpersonen. Seit seiner Gründung 2012 organisiert es Proteste gegen den jährlich stattfindenden, bundesweiten “Marsch für das Leben”. Neben der Streichung des Paragraphen 218 aus dem Strafgesetzbuch fordert das Bündnis eine geschlechter- und kultursensible Sexualaufklärung für alle sowie eine angemessene Unterstützung für jene, die sich für ein Kind entscheiden, damit sie ihre eigene Lebensplanung aufrechterhalten können.